

Protest gegen Kündigung von Kurdenhilfe-Konto vor Sparkasse

Von Dietmar Klostermann

Gegen die Kündigung eines Unterstützerkontos für die kurdischen Selbstverteidigungskräfte in der nordsyrischen Provinz Rojava durch die Sparkasse [Saarbrücken](#) haben gestern etwa 30 Demonstranten vor dem Eingang des Geldinstituts protestiert. „Die Kündigung des Kontos ist eine politische Entscheidung, die nicht hinnehmbar ist“, sagte die Saarbrücker Kontoinhaberin Ursula Quack der SZ. Der Sparkassenvorstand hatte das Konto, auf dem zeitweise 106 000 Euro Spendengelder lagen, wegen Verstoßes gegen die Bankenregeln gekündigt (die SZ berichtete). Saarbrückens Oberbürgermeisterin Charlotte Britz ([SPD](#)) will das Thema bei der Sitzung des Sparkassen-Verwaltungsrats am 29. Mai ansprechen. Die Sparkasse hatte argumentiert, dass das angegebene Spendenziel „humanitäre Hilfe“ für die Kurden zweifelhaft sei. Die Interventionistische Linke, eine der beiden Hilfsorganisationen für die Kurden in Rojava, hatte Waffenkäufe mit den Spendengeldern bejaht. Das Geld sollte auch den kurdischen Kämpfern, die die Stadt Kobane vor den Terroristen des Islamischen Staats (IS) befreit hatten, helfen. Roland Röder vom Saarländischen Flüchtlingsrat sagte, der Einsatz der Kurden für Kobane müsse die Aufhebung des Verbots der kurdischen Arbeiterpartei [PKK](#) in Deutschland zu Folge haben. Dafür setzte sich auch die Rednerin Dilan Akdogan (Kurdische Jugend) ein.